

MUELLENSIEFEN RECHTSANWÄLTE



InfoBrief - Umweltrecht

1. Oktober 2008

Umweltzonen jetzt auch im Ruhrgebiet

von RA Oliver Klumpparendt

Das Netz von Umweltzonen in NRW wird dichter. Seit dem 1. Oktober 2008 gibt es nach Köln auch in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets als Umweltzone ausgewiesene Bereiche, die von Kraftfahrzeugen ohne eine entsprechende Umweltplakette nicht mehr durchfahren werden dürfen.

Rechtsgrundlage

Grundlage für die Einführung der Umweltplakette und der Ausweisung von Umweltzonen ist die durch die am 16.10.2006 im Bundesanzeiger veröffentlichte und am 01.03.2008 in Kraft getretene [Verordnung zum Erlass und zur Änderung von Vorschriften über die Kennzeichnung emissionsarmer Fahrzeuge](#) vom 10.10.2006 eingeführte 35. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Verordnung zur Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge mit geringem Beitrag zur Schadstoffbelastung – 35. BImSchV).

Danach können Städte, Kreise und Gemeinden ab dem 01.03.2007 in ihren Grenzen so genannte Umweltzonen ausweisen, zu denen die Zufahrt mit Kraftfahrzeugen nur noch eingeschränkt erlaubt wird. Fahrzeuge, die nicht über die entsprechenden Plaketten verfügen, haben – unter Beachtung diverser Ausnahmeregelungen und Übergangsfristen – kein Zufahrtsrecht. Voraussetzung für die Einrichtung von Umweltzonen ist die Aufstellung so genannter Luftreinhaltepläne durch die jeweils zuständige Behörde. In Nordrhein-Westfalen sind dies die Bezirksregierungen. Die nunmehr im Ruhrgebiet ausgewiesenen Umweltzonen gehen zurück auf den „Luftreinhalteplan Ruhrgebiet“, der von den Bezirksregierungen Arnsberg, Düsseldorf und Münster in enger Kooperation mit den Kommunen, dem Lan-

desumweltamt sowie den nordrhein-westfälischen Ministerien für Umwelt und Verkehr aufgestellt wurde, am 4. August 2008 in Kraft getreten ist und zu dessen verkehrslenkenden Maßnahmen u.a. die Einrichtung von Umweltzonen in neun Städten (Duisburg, Oberhausen, Bottrop, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Recklinghausen, Mülheim an der Ruhr) ab dem 1.10.2008 gehört.

Ausnahmen

Der [Luftreinhalteplan](#) sieht dabei zahlreiche Ausnahme- und Befreiungstatbestände von Verkehrsverboten in Umweltzonen vor. Ausgenommen von den Verkehrsverboten sind z.B. bestimmte Fahrzeuggruppen, mit denen schwerkbehinderte, blinde oder hilflose Personen transportiert werden. Anwohner oder Betriebe mit Sitz in einer der Umweltzonen dürfen noch bis zum 30. September 2009 aufgrund einer Übergangsregelung mit einer gesondert zu beantragenden Ausnahmegenehmigung auch ohne Plakette in die Zone. Ob es danach weitere Ausnahmegenehmigungen insbesondere für die ortsansässigen Betriebe geben wird, entscheiden die jeweiligen Kommunen.

Verstöße

Neben den allgemeinen und teilweise kostenintensiven Beeinträchtigungen insbesondere für ortsansässige Firmen und Gewerbetreibende (z.B. durch die Anschaffung neuer bzw. der Umrüstung vorhandener Fahrzeuge oder den Verwaltungsaufwand durch einen betriebsinternen Kontrollbedarf) droht auch die Verhängung von Bußgeldern in Höhe von 40 Euro und die Eintragung von 1 Punkt im Flensburger Verkehrszentralregister, wenn gegen das Fahrverbot in einer Umweltzone verstoßen wird. Das NRW-Um-

weltministerium hat den betroffenen Städten eine Übergangsfrist von sechs Wochen empfohlen, in der Verstöße gegen die Plakettenpflicht nicht geahndet werden sollen. Ab dem 15. November 2008 ist also mit der Verfolgung von Verstößen zu rechnen.

Insbesondere Unternehmen sollten genau prüfen,

ob sie unter einen Befreiungstatbestand fallen. Falls dieses nicht der Fall ist, sollte bis zum 15. November 2008 dafür Sorge getragen werden, dass entweder die erforderlichen Umweltplaketten erteilt und im Fahrzeug angebracht oder erforderliche Ausnahme-genehmigungen erteilt werden.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an:

RA Oliver Klumparendt

Tel.: 0208 – 3 02 12-0